



**Europäischer Ausschuss
der Regionen**

Brüssel, den 2. Oktober 2020

199. PRÄSIDIUMSSITZUNG DES EUROPÄISCHEN AUSSCHUSSES DER REGIONEN

- 9. OKTOBER 2020 -

PUNKT 10

ERKLÄRUNG ZUR LAGE DER MIGRANTEN IN MORIA

Vorlage des Generalsekretärs

ZUR BESCHLUSSFASSUNG

ZUSAMMENFASSUNG

Präsidiumssitzung Nr. 199

Termin 9/10/2020

Punkt 10

Erklärung zur Lage der Migranten in Moria

Dokument

- zur Kenntnisnahme/Erörterung
- zur Beschlussfassung
- Empfehlung an das Plenum

Kurzbeschreibung

Annahme einer Erklärung des AdR-Präsidiums zur Lage der Migranten in Moria

Das Präsidium wird gebeten,

- **die Erklärung zu billigen.**

Bemerkungen

—

Erklärung des AdR-Präsidiums zur Lage der Migranten in Moria

DAS PRÄSIDIUM DES EUROPÄISCHEN AUSSCHUSSES DER REGIONEN

1. ist zutiefst schockiert und besorgt über die Situation auf der Insel Lesbos, wo am 8. und 9. September Brände ausbrachen und das Flüchtlingslager Moria zerstörten, wodurch fast 13 000 Menschen obdachlos wurden;
2. ist der Auffassung, dass dieses tragische Ereignis ein Schlaglicht auf die unmenschlichen Bedingungen wirft, unter denen viele Migranten auf ihrem Weg in die Europäische Union sowie auf deren Territorium leben. Der Preis an menschlichem Leid, an gesellschaftlichen Kosten und auch an Symbolwert ist viel zu hoch. Europa braucht dringend ein gemeinsames Migrationskonzept, das schnellere und wirksamere Asylverfahren ebenso umfasst wie ein Grenzmanagementsystem, bei dem die südlichen EU-Mitgliedstaaten nicht im Stich gelassen werden;
3. betont, dass viele weitere lokale und regionale Gebietskörperschaften in Europa insbesondere vor dem Hintergrund der COVID-19-Krise die überfüllten Lager und die zunehmenden sozialen Spannungen nur schwer bewältigen können, mit Konsequenzen sowohl für die örtliche Bevölkerung als auch für die Migranten; fordert daher einen umfassenden europäischen Ansatz basierend auf der Zusammenarbeit mit Drittländern, mit klar festgelegten Zuständigkeiten, der mit den Werten der Solidarität und Würde im Einklang steht und die Menschenrechte achtet;
4. fordert die neu eingerichtete EU-Taskforce auf, Lösungen für die Notlage in Lesbos zu finden und eng mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zusammenzuarbeiten, um deren Ziel, überfüllten Flüchtlingslagern ein Ende zu setzen und die Sicherheit zu verbessern, zu erreichen; fordert des Weiteren, auf Lesbos Aufnahmeeinrichtungen mit einer dauerhaften Infrastruktur zu schaffen, in denen der Zugang zu medizinischer Versorgung sowie angemessenen sanitären Einrichtungen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen, Kindern und Familien gewährleistet werden kann;
5. begrüßt die Ankündigungen mehrerer Mitgliedstaaten, sich angesichts der humanitären Krise in Moria an den Umsiedlungsbemühungen zu beteiligen und einige der Schutzbedürftigsten in europäischen Regionen und Städten aufzunehmen; zollt jenen lokalen und regionalen Entscheidungsträgern Anerkennung, die dies bereits getan haben; begrüßt ferner die von weiteren Mitgliedstaaten angebotenen anderen Hilfszusagen;
6. betont, dass EU-weit viele lokale und regionale Gebietskörperschaften gewillt und in der Lage sind, in die Aufnahme und Integration schutzbedürftiger Migranten aus Moria zu investieren; fordert die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf, ihre Kapazitäten und ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen, die sich in dieser Notlage befinden, ernsthaft zu prüfen und ihre jeweiligen Aufnahmemöglichkeiten systematisch zu erfassen; verweist auf das Potenzial der AdR-Initiative „Städte und Regionen für Integration“ und hofft, dass den freiwilligen Angeboten von Regionen und Städten bezüglich der Aufnahme von Flüchtlingen im neuen Migrations- und Asylpaket Rechnung getragen wird;

7. fordert die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten auf, angemessene finanzielle Mittel bereitzustellen, um die Kapazitäten der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Bewältigung der Integration von Migranten und Flüchtlingen weiter zu stärken und den Austausch bewährter Verfahren zu erleichtern; weist nachdrücklich darauf hin, dass strukturelle Lösungen nur gemeinsam mit und unter umfassender Einbindung der Kommunen in den betroffenen Gebieten gefunden werden können;
8. fordert alle Länder, Regionen und Städte auf, die Tatsache anzuerkennen, dass Flüchtlinge einen sicheren Aufenthaltsort benötigen, Kindern der Schulbesuch ermöglicht werden muss und kranke und ältere Menschen betreut werden müssen und entsprechend zu handeln; die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen zur Rettung von Menschenleben und zur Achtung der Menschenrechte ist eminent wichtig für die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union;
9. spricht sich für eine langfristige Lösung der Migrationsproblematik im Einklang mit dem Völkerrecht und dem EU-Recht aus, wobei sicherzustellen ist, dass der Grundsatz der Nichtzurückweisung geachtet wird und bei sämtlichen Entscheidungen und Maßnahmen dem Interesse der Schutzbedürftigen Rechnung getragen wird;
10. bekundet abschließend seine Absicht, sich in Bezug auf das von der Europäischen Kommission im neuen Migrations- und Asylpaket vorgeschlagene Gemeinsame Europäische Asylsystem, das auf der Zusammenarbeit mit Drittstaaten, einem robusten Management der Außengrenzen der EU, der Umsetzung EU-finanzierter Integrationsmaßnahmen und einer gemeinsamen Verantwortung für Rückführungen beruht, einzubringen und dessen territoriale Dimension in der zu diesem Legislativvorschlag geplanten AdR-Stellungnahme eingehend zu analysieren.

VORSCHLAG

Das Präsidium wird gebeten, die Erklärung zu billigen.
